

## Niederschrift

über die 5. Sitzung des Sozialausschusses am 16.06.2015  
(9. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1</b> <b>Einwohnerfragestunde</b> .....	4
<b>2</b> <b>Unterbringung von Asylbewerbern Vorlage: FB2/0243/2015</b> .....	4
<b>2.1</b> <b>Antrag der SPD Fraktion auf Errichtung eines Wohnheimes für Asylbewerber und Obdachlose an der Insterburger Straße vom 10. Juni 2015 Vorlage: FB2/0067/2015</b> .....	6
<b>3</b> <b>Einrichtung eines Begegnungszentrums im Rahmen der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in den Räumen des Pappkartons in Meerbusch-Strümp Vorlage: FB2/0244/2015</b> .....	6
<b>4</b> <b>Aufbau einer Taschengeldbörse im Rahmen des Projektes "Servicebrücken Jugend und Alter" Vorlage: FB2/0242/2015</b> .....	8
<b>5</b> <b>Anträge</b> .....	9
<b>6</b> <b>Anfragen</b> .....	9
<b>7</b> <b>Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	9
<b>8</b> <b>Termin der nächsten Sitzung: 15. September 2015</b> .....	9
<b>9</b> <b>Verschiedenes</b> .....	9

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
 Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	
Frau Marlies Homuth-Kenkliès	Ratsmitglied	
Frau Nicole Joliet-Heising	Sachkundige Bürgerin	
Frau Inge Losch-Engler	Sachkundige Bürgerin	Vertretung für Frau Helga Hermanns
Herr Bernd Parys	Ratsmitglied	
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied	
Herr Peter Vossen	Sachkundiger Bürger	
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

**von der SPD-Fraktion**

Frau Margret Abbing	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Katja Giesen

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied

**von der UWG-Fraktion**

Herr Josef Gather	Sachkundiger Bürger
-------------------	---------------------

**von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Michael Eckert	Ratsmitglied
---------------------	--------------

**Beratende Mitglieder**

Herr Dr. Lothar Chaillié	Behindertenbeauftragter	bis 19.15 Uhr, TOP 2
Herr Albert Güllmann	Seniorenbeirat	
Frau Natalie Napp	Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven	
Herr Wilfried Pahlke	Wohlfahrtsverbände	

**von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Peter Annacker	Bereichsleiter Fachbereich 2
Frau Beatrix Dreyer	Fachbereich 2

**Schriftführerin**

Frau Bettina Scholten	Fachbereich 2
-----------------------	---------------

**Gäste**

Frau Magdalena Bienek  
Frau Maren Hilke

Institut für soziale Arbeit e.V.  
Institut für soziale Arbeit e.V.

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Frau Katja Giesen

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzender Focken die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste. Sodann stellt er die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest. Ferner verweist er auf den als Tischvorlage verteilten Antrag der SPD zur Errichtung eines Wohnheimes für Asylbewerber und Obdachlose an der Insterburger Straße, der unter TOP 2.1 behandelt werde.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Frau Burghoff, Anwohnerin am Lindchen nahe der ehemaligen Kindertageseinrichtung am Neusser Feldweg, wünscht nähere Informationen zu den Flüchtlingen, die dort zukünftig untergebracht werden sollen.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert in diesem Zusammenhang das Zuweisungsverfahren durch die Bezirksregierung Arnsberg. Dabei verdeutlicht er, dass die Stadt auf die Zuweisungen keinerlei Einfluss nehmen könne. Erst wenige Tage vor der Ankunft werde die Verwaltung per Fax über die konkreten Personendaten der zuwandernden Flüchtlinge informiert. In den vergangenen Monaten seien überwiegend männliche Einzelpersonen und nur selten Familien zugewiesen worden.

Bezüglich der Lage der Unterkunft erläutert Erster Beigeordneter Maatz, auch an anderen Standorten mit vergleichbarer Sozialstruktur sei mithilfe der hauptamtlichen wie auch ehrenamtlichen Betreuung eine Integration gelungen. Eine sozialverträgliche Unterbringung sei letztendlich immer abhängig von den Integrationsleistungen der Flüchtlinge selbst wie auch der Begleitung. In Osterath sei eine Betreuung durch die städt. Hauswarte, die Fachkräfte von Diakonie und Caritas wie auch durch die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe Osterath vorgesehen. Dieses verzahnte Angebot habe sich bereits in der Vergangenheit bewährt, so dass unabhängig davon, dass man die zukünftigen Bewohner noch nicht kenne, von einer sozialverträglichen Unterbringungssituation ausgegangen werden könne.

Frau Nolte, Anwohnerin des Dörper Weges und ebenfalls Nachbarin der ehemaligen Kindertageseinrichtung, stellt die Angemessenheit der vorgesehenen Mittel für die Instandsetzung in Höhe von 30.000 € in Frage. Vorsitzender Focken schlägt vor, diese und weitere Fragen zum Neusser Feldweg im Zusammenhang mit der Erörterung des TOP 2 zu beantworten. Der Empfehlung wird einvernehmlich gefolgt.

### **2 Unterbringung von Asylbewerbern Vorlage: FB2/0243/2015**

#### **Beschluss:**

1. Der Sozialausschuss beauftragt – vorbehaltlich der Genehmigung der überplanmäßigen Mittelbereitstellung durch den Kämmerer - die Verwaltung, die Voraussetzungen für die zeitnahe Nutzung des Gebäudes am Neusser Feldweg 51, Meerbusch-Osterath, zum Zwecke der Unterbringung von asylsuchenden Flüchtlingen zu schaffen. Die Anmietung soll so lange erfolgen, bis durch die Schaffung anderweitiger Unterbringungsmöglichkeiten (z.B. in Festbauten) adäquater Ersatz gefunden ist, kein Bedarf mehr zur Anmietung besteht oder der Mietvertrag beendet wird.
2. Der Sozialausschuss beauftragt – vorbehaltlich der Genehmigung der überplanmäßigen Mittelbereitstellung durch den Kämmerer - die Verwaltung, im Bedarfsfall die Anmietung und die notwendige Herrichtung des Gebäudes an der Uerdinger Straße 85, Meerbusch-Lank, zum Zwecke der Unterbringung von asylsuchenden Flüchtlingen sicherzustellen. Die Anmietung soll so lange

erfolgen, bis durch die Schaffung anderweitiger Unterbringungsmöglichkeiten (z.B. in Festbauten) adäquater Ersatz gefunden ist, kein Bedarf mehr zur Anmietung besteht oder der Mietvertrag beendet wird.

### **Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten		1	
<b>Gesamt:</b>	<b>16</b>	<b>1</b>	

Erster Beigeordneter Maatz nimmt Bezug auf seine Ausführungen zur Belegungssituation im Rahmen der letzten Sozialausschusssitzung. Infolge des anhaltenden Anstiegs der Flüchtlingszuweisungen seien die räumlichen Ressourcen nunmehr vollständig verbraucht. Zum Stichtag 1. Juli 2015 müssten definitiv neue Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden. Allein der Beschluss für die Anmietung des Kindergartengebäudes am Neusser Feldweg werde aber nicht ausreichen. Auch die Befürwortung der Anmietung der Geschäftsstelle der Malteser an der Uerdinger Straße sei für die zukünftige Sicherstellung der Unterbringung, mit Blick auf noch notwendige Sanierungsarbeiten, unabdingbar.

Anschließend erläutert Herr Annacker anhand des Gebäudegrundrisses das Raumprogramm für die Nutzung des Kindergartengebäudes als Flüchtlingsunterkunft. Neben vier Gruppenräumen, die als Schlaf- und Aufenthaltsraum für je 10 Personen dienen sollen und vier entsprechenden Sanitärbereichen, stünden auch eine Küche und ein Büro für den Hauswartdienst und Beratungszwecke zur Verfügung. Das Forum im Eingangsbereich könne zudem als gemeinschaftlicher Aufenthaltsraum genutzt werden. Das Gebäude sei für die angedachte vorübergehende Unterbringung gut geeignet, der Wahrung der privaten Intimsphäre seien in den Räumlichkeiten allerdings Grenzen gesetzt. So sei auch eine gemischtgeschlechtliche Belegung eines Raumes nicht beabsichtigt.

In Beantwortung der vorhergehenden Einwohnerfrage teilt Herr Annacker mit, dass die Renovierungskosten mit 30.000 € in etwa auf dem Niveau der Kosten für die Herrichtung der Alten Schule in Bösinghoven lägen. Diese ergäben sich in erster Linie aus der Anpassung der Sanitärbereiche, der Elektroinstallationen sowie aus Vorgaben des Brandschutzes.

Nach intensiver Diskussion und Beantwortung der Fragen aus dem Ausschuss durch Ersten Beigeordneten Maatz, besteht mehrheitlich Einvernehmen, dass es sich, insbesondere hinsichtlich der Unterbringung von ca. 10 Personen in einem Raum und der somit fehlenden Privatsphäre, zwar nicht um eine optimale, aber aktuell alternativlose und vertretbare Lösung handele. Lediglich die Fraktion DIE LINKE und Piraten können der Anmietung im Hinblick auf die Dichte der Belegung und die nicht hinreichend zu gewährleistende Privatsphäre nicht zustimmen. Auf deren Anfrage, inwieweit Alternativen geprüft worden seien, erklärt Erster Beigeordneter erneut, dass kontinuierlich der Kontakt zu den hiesigen Wohnungsbaugesellschaften gepflegt werde. Vakanzen für kleinräumigen Wohnraum erreichten den Markt jedoch erst gar nicht. Auch der vorgegebene Zeitrahmen führe dazu, dass verschiedene Angebote, sofern sie überhaupt brauchbar seien, im Hinblick auf die notwendige Herrichtung für den beabsichtigten Zweck nicht in Betracht kämen. In diesem Zusammenhang informiert er auch über einen am heutigen Tag erfolgten Presseaufruf bezüglich der Bereitstellung von Privatwohnungen für Flüchtlinge.

Abschließend stellt die SPD-Fraktion den Antrag, die Beschlussempfehlung der Verwaltung für die Anmietung des Neusser Feldweges um eine Befristung auf maximal 2 Jahre zu ergänzen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>5</b>	<b>12</b>	

Der Antrag der SPD-Fraktion ist somit abgelehnt.

Im Anschluss daran stellt Vorsitzender Focken den Beschlussvorschlag der Verwaltung für die Anmietung des Gebäudes am Neusser Feldweg wie auch des Gebäudes an der Uerdinger Straße zur Abstimmung.

**2.1 Antrag der SPD Fraktion auf Errichtung eines Wohnheimes für Asylbewerber und Obdachlose an der Insterburger Straße vom 10. Juni 2015**  
**Vorlage: FB2/0067/2015**

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss verweist den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion auf Errichtung eines Wohnheimes für Asylbewerber und Obdachlose an der Insterburger Straße zur weiteren Beratung in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. Juni 2015.

**Abstimmungsergebnis:                      einstimmig**

Ratsfrau Niegeloh nimmt Bezug auf den bereits im Januar 2015 vorgelegten Antrag der SPD-Fraktion hinsichtlich der Errichtung eines Festbaus an der Insterburger Straße, der seinerzeit im Hinblick auf das anstehende städtische Immobilienkonzept an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen wurde.

Der Vorschlag der SPD-Fraktion zur Errichtung eines Massivbaus an der Insterburger Straße ist Gegenstand der Beschlussempfehlung der Verwaltung vom 4. Februar 2015, die Thematik ist Inhalt der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. Juni 2015.

**3 Einrichtung eines Begegnungszentrums im Rahmen der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in den Räumen des Pappkartons in Meerbusch-Strümp**  
**Vorlage: FB2/0244/2015**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, mit der Diakonie Meerbusch als zukünftigem Träger der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit im „Pappkarton“ kurzfristig einen entsprechenden Nutzungsvertrag zu schließen. Ein entsprechendes Nutzungskonzept ist durch die Diakonie Meerbusch in Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern zu erstellen.

2. Die Stadt unterstützt den Betrieb durch mietfreie Überlassung der Gebäudeteile des „Pappkarton“ und Übernahme der Betriebskosten. Darüber hinausgehende Kosten werden von der Stadt nicht übernommen.
3. Die Diakonie Meerbusch verpflichtet sich bis zu einer entsprechenden Finanzierungszusage bereits eine Nutzung des „Pappkarton“ durch die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer zu gewährleisten.
4. Sollten die Verhandlungen mit der Diakonie Meerbusch über einen Nutzungsvertrag nicht zu einem Abschluss führen, wird die Verwaltung beauftragt, einen anderen gemeinnützigen Träger innerhalb von Meerbusch zu suchen und mit diesem entsprechende Verhandlungen zu führen, die einen Nutzungsvertrag zum Ziel haben.

### **Abstimmungsergebnis:**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU	7		1
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten	1		
<b>Gesamt:</b>	<b>16</b>		<b>1</b>

Erster Beigeordneter Maatz erläutert die Beratungsvorlage und zeigt nochmals die bisherige Entwicklung hinsichtlich der Etablierung eines Begegnungszentrums in den Räumlichkeiten des Pappkartons in Meerbusch-Strümp auf. Ferner informiert er über ein Treffen aller haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe in Meerbusch aktiven Träger am 2. Juni 2015 in der Versöhnungskirche Strümp. Dort hätten sich ca. 35 Personen über Ideen und mögliche Initiativen im Zusammenhang mit dem Begegnungszentrum und der dort vorgesehenen Kleiderkammer sowie Fahrradwerkstatt ausgetauscht. Um eine stabile und professionelle Organisation und Nachhaltigkeit als zentrale Einrichtung der Flüchtlingshilfe sicherzustellen, habe man sich mehrheitlich auch für eine verbindliche Trägerschaft ausgesprochen. Seitens der Stadt werde im Hinblick auf die mögliche Trägerschaft als wesentliche Voraussetzung eine grundsätzliche Offenheit gegenüber anderen Trägern und auch den Ideen der Ehrenamtler gefordert. Einer der anwesenden Träger habe auch bereits Interesse an der Aufgabe signalisiert und die Bereitschaft erklärt, die Möglichkeit der Trägerschaft mit seinen Entscheidungsträgern zu erörtern.

Vorsitzender Focken ergänzt, dass es sich bei dem potentiellen Träger um die Diakonie Meerbusch handele und erteilt Herrn Pfarrer Pahlke für weitere Informationen das Wort.

Herr Pfarrer Pahlke bestätigt, dass seitens der Diakonie Meerbusch Bereitschaft hinsichtlich der Übernahme der Trägerschaft des Begegnungszentrums im Pappkarton bestehe. Auch der geschäftsführende Ausschuss der Diakonie habe sich zwischenzeitlich für die Übernahme der Trägerschaft ausgesprochen. Allerdings halte man Professionalität für die Umsetzung der geplanten Inhalte für besonders wichtig und sei der Auffassung, dass die Einrichtung nicht alleine durch ehrenamtliche Kräfte betrieben werden könne. Für die Organisation der Inhalte und Angebote solle daher eine Kraft im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung eingestellt werden. Eine Mitfinanzierung durch

die Landeskirche im Rheinland sei wahrscheinlich. Allerdings müsse zuvor eine Konzeption erarbeitet und dann ein entsprechender Antrag gestellt werden. Eine Entscheidung könne erst zum 01.10.2015 fallen, auch die Restfinanzierung sei noch zu klären. Bei Übernahme der Trägerschaft durch die Diakonie werde das Begegnungszentrum offen für alle in Meerbusch schon laufenden Angebote anderer Träger sein, die zu einer konzentrierten Hilfe der Zielgruppe führen könne. Auch die vorhandenen Büro- und Gesprächsräume stünden für solche Angebote zur Verfügung. Zur Erstellung des Konzeptes sei bereits ein Termin vorgesehen, zu welchem auch die Vertreter der Ehrenamtler eingeladen seien. Ferner werde Frau Hegerath von der Caritas in ihrer Funktion als hauptamtliche Koordinatorin der Flüchtlingshilfe die Erstellung des Konzeptes unterstützen.

Auf Anfrage aus dem Ausschuss erläutert Herr Annacker, dass der Servicebereich Immobilien zwar Sanierungsaufwand sähe, aber nach derzeitigem Kenntnisstand keine erheblichen Maßnahmen zur Herrichtung erforderlich seien. Der konkrete Sanierungsaufwand soll im Rahmen einer gemeinsamen Besichtigung von Träger und Verwaltung nach dem 30.06.2015 festgestellt werden. Im Hinblick auf die Nutzung des zukünftig vom Stadtsportverband belegten Raumes auch für das Begegnungszentrum empfiehlt die Verwaltung zunächst mit den Angeboten wie geplant zu beginnen und in Abhängigkeit von der Auslastung und weiteren konzeptionellen Entwicklung ggf. später das Gespräch mit dem Stadtsportverband zu suchen.

Bezüglich der Erreichbarkeit führt Erster Beigeordneter Maatz aus, dass der Standort unter Berücksichtigung der geographischen Zentralität und im Hinblick auf die stadtweit verteilten Unterkünfte gut gewählt sei. Ein Ausbau der Mobilität sei ohnehin stadtweites Thema. Vorsitzender Focken ergänzt, dass auch im Rahmen des Treffens am 2. Juni 2015 der Standort positiv bewertet worden sei.

Im Hinblick auf die Anregung von sachkundiger Bürgerin Napp, die Finanzierungslücke bis zur Bewilligung der Zuschüsse der Landeskirche durch städtische Mittel zu schließen, verweist Pfarrer Pahlke darauf, dass insbesondere unter Berücksichtigung der anstehenden Ferienzeiten eine Inbetriebnahme zum 1. Juli nicht realistisch sei.

In diesem Zusammenhang legt Vorsitzender Focken eine modifizierte Beschlussempfehlung vor, die auch eine Nutzung des Pappkartons durch die Ehrenamtler vor der Finanzierungszusage vorsähe und stellt diese im Einvernehmen mit der Diakonie Meerbusch zur Abstimmung.

#### **4        **Aufbau einer Taschengeldbörse im Rahmen des Projektes "Servicebrücken Jugend und Alter"** Vorlage: FB2/0242/2015**

##### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss beschließt den Aufbau einer Taschengeldbörse in Meerbusch. Er beauftragt die Verwaltung, einen geeigneten Träger für die Taschengeldbörse zu suchen und die Antragstellung bezüglich der EU-Fördermittel im Rahmen des Projektes „Servicebrücken Jugend und Alter“ über den Rhein-Kreis Neuss sicherzustellen.

##### **Abstimmungsergebnis:                    **einstimmig****

Vorsitzender Focken erinnert an die Anfrage der SPD-Fraktion vom 23. April 2015 zur Einrichtung einer Taschengeldbörse in Meerbusch. Infolgedessen habe die Verwaltung für die heutige Sitzung zwei Mitarbeiterinnen des Instituts für soziale Arbeit e.V. (ISA e.V.) eingeladen, die im Rahmen des Projektes Servicebrücken Jugend und Alter den Aufbau von Taschengeldbörsen in NRW initiieren und begleiten.

Die Vertreterinnen des ISA e.V., Frau Hilke und Frau Bienek, informieren anhand der als Anlage beigefügten Folienpräsentation ausführlich über das 2014 ins Leben gerufene Förderprojekt „Servicebrücken Jugend und Alter“ und erläutern die Voraussetzungen für eine Projektteilnahme. Ferner

verdeutlichen sie die praktische Umsetzung anhand eines Videos über die Taschengeldbörse Solingen.

Ratsherr Wartchow kann sich für eine Taschengeldbörse als gesondertes Projekt nicht erwärmen, sondern hält eine Erweiterung des Aufgabenspektrums des Ehrenamtforums für sinnvoll. Ferner kritisiert er die vorgesehene Anschubfinanzierung, die ja stets eine spätere Finanzierung durch den Träger bzw. durch die Stadt nach sich ziehe.

Ratsherr Berthold stellt den Bedarf einer solchen Börse in Frage. Verschiedene Internetplattformen hätten ihm den Eindruck einer mangelnden Nachfrage durch die Senioren vermittelt. Diesbezüglich stellen die Unterzeichnerin und die Mitarbeiterinnen der Projektkoordinierungsstelle klar, dass die Senioren weniger das Internet, sondern vorrangig telefonische Kontaktmöglichkeiten nutzen. Die im Internet dargestellten Angebote seien insofern häufig unvollständig und nicht immer aktuell. Im Rahmen des Projektes geförderte Taschengeldbörsen würden daher auch weitestgehend auf die Darstellung von Angebot und Nachfrage im Internet verzichten. Auch wird klargestellt, dass die Taschengeldbörse lediglich als Koordinationsstelle diene; die rechtliche Beziehung bestehe ausschließlich zwischen Jobanbieter und Jobber. Wichtig sei es die jeweiligen Erwartungen im Vorfeld zu klären.

Herr Annacker erläutert, dass auch verwaltungsseitig eine Anbindung an das Ehrenamtforum, möglicherweise im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses für zweckmäßig erachtet werde. Für eine dauerhafte Finanzierung könnten möglicherweise anteilig die seit Jahren nicht abgerufenen Projektfördermittel aus der offenen Seniorenarbeit verwendet werden, da Zielsetzung der Taschengeldbörse ja eine Unterstützung der Senioren im Rahmen eines intergenerativen Projektes sei. Schließlich informiert Herr Annacker, dass auch die Stadt Neuss den Aufbau einer Taschengeldbörse anstrebe. Ein Antrag auf Abruf der Projektfördermittel läge dem Kreis aber noch nicht vor. Sofern der Ausschuss heute der Beschlussempfehlung der Verwaltung folgen werde, solle am nächsten Tag unmittelbar ein entsprechender Antrag an den Kreis gerichtet werden.

## **5 Anträge**

## **6 Anfragen**

## **7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

## **8 Termin der nächsten Sitzung: 15. September 2015**

Die Sitzung am 15. September findet in der Begegnungsstätte der AWO in Büderich am Kapittelsbusch 29 statt.

## **9 Verschiedenes**

Ratsfrau Pricken berichtet vom Sommerfest der Flüchtlingsfamilien an der Strümper Straße 83 in Meerbusch, welches mit Unterstützung der Flüchtlingshilfe Osterath geplant und erfolgreich durchgeführt worden sei. Im Rahmen dieser Veranstaltung sei sie mehrfach darauf hingewiesen worden, dass sich einige Bewohner der Obdachlosenunterkünfte unter bestimmten Umständen an bestimmte Regeln nicht halten würden.

Seitens der Verwaltung, die regelmäßig vor Ort sei und auch als Ansprechpartner im Beschwerdefall natürlich zur Verfügung stehe, wird darauf verwiesen, dass die Möglichkeiten hier nachhaltig zu einer Besserung zu kommen, sehr begrenzt seien. Verstöße gegen die bestehende Hausordnung ermöglichen es im Regelfall nicht, einen Bewohner des Hauses zu verweisen, da die Stadt zu einer Unterbringung der Obdachlosen im Stadtgebiet verpflichtet sei. Finanzielle Sanktionierungen seien in der Regel ebenfalls nicht durchsetzbar. Die kritisierten Zustände seien jedoch nicht vorrangig auf eine vorgenommene Verdichtung im Obdach, sondern auf die unterschiedlichen Problemlagen der Bewohner zurückzuführen.

Meerbusch, den 24. Juni 2015



---

Hans Günter Focken  
Ausschussvorsitzender

---

Bettina Scholten  
Schriftführer/in